

## **Statement R. Levy zum Nutzen von Generationenpolitik**

Die gesellschaftlichen Bedingungen von Generationenbeziehungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Die Lebensläufe aufeinanderfolgender Generationen haben sich im Verhältnis zueinander verschoben und sind länger geworden; Viergenerationenfamilien werden häufiger, Kinder beerben ihre Eltern in einem Alter, in dem sie meist selbst schon pensioniert sind. Soziale Bindungen werden flexibler; es gibt mehr Patchworkfamilien, mehr Arbeitsplatzwechsel, mehr Migration und damit grössere soziale und geographische Entfernung zwischen Verwandten. Die Urbanisierung geht weiter, damit verbunden auch die Herauslösung sozialer Handlungen aus traditionellen Bezügen. Der gesellschaftliche Strukturwandel verstärkt die Tendenz zum Individualismus. Viele Arbeitsverhältnisse werden prekärer, gleichzeitig wachsen Druck und Stress in der Arbeitswelt.

Die etablierten Institutionen werden solchen Veränderungen bestenfalls mit Verspätung angepasst, was vielfältige Spannungen schafft. Insofern ist klar: Generationenpolitik ist nötig.

Muss es sich dabei um ein neues Politikfeld handeln, das neben die herkömmlichen tritt und mit ihnen um die nötigen Ressourcen (Finanzen, politische Aufmerksamkeit und Priorität) rivalisiert? Ist das Generationenverhältnis eine neue, brisante gesellschaftliche Konfliktlinie, die allenfalls gegenüber anderen Problemen Priorität geniessen sollte?

Die genannten Veränderungen (und weitere) haben nicht nur auf die Generationenverhältnisse Auswirkungen, sondern auch auf anders definierte soziale Beziehungen und Anspruchsgruppen, die oft folgenschwerer sind. Die politische Aufmerksamkeit auf den Generationenaspekt darf deshalb nicht auf deren Kosten gehen (etwa indem fälschlich Teilhabegerechtigkeit als Alternative zur Verteilungsgerechtigkeit angepriesen würde). Man denke nur an soziale Ungleichheiten oder an Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit, peripherer Lage oder Herausfallen aus dem Arbeitsprozess. Hinzu kommen "intersektorielle" Probleme, die aus der gleichzeitigen Teilnahme der Menschen an unterschiedlich funktionierenden und zeit-taktierten Gesellschaftsbereichen resultieren. Ausserdem ist die Beziehung

zwischen den Generationen zu einem politischen Spielball geworden, indem die - weitgehend aus der Luft gegriffene - Behauptung fraglicher werdender Solidarität zwischen den Generationen zur Rechtfertigung problematischer politischer Absichten verwendet wird.

Generationenbeziehungen rufen nach einer zu herkömmlichen Politikdimensionen quer liegende Perspektive, da sie bereichsübergreifend relevant sind. Ganz ähnlich trifft dies auf andere Dimensionen sozialer Beziehungen und ihre Spannungsmomente zu: auf deren zeitliche Regelung, auf deren Geschlechtszuschreibung, auf soziale Ungleichheiten und ihre institutionelle Handhabung.

Deshalb sollte eine sachgemässe Generationenpolitik nicht als neues Politikfeld neben anderen etabliert, sondern als Querschnitts-Sensibilität in die bereits bestehenden Politiken eingebaut werden.